

Pressemitteilung

Euro-Zone braucht Fiskalunion

PwC-Analyse: Nachhaltige Stabilisierung der Euro-Zone gelingt nur über stärkere Integration / Europäische Einkommensteuer und Arbeitslosenversicherung als wirksame Transfermechanismen

Frankfurt am Main, 19. Februar 2013. Vor allem die Intervention der Europäischen Zentralbank hat bislang das Auseinanderbrechen der Euro-Zone verhindert. Die strukturellen Ursachen der Krise sind damit aber nicht beseitigt. Um die Europäische Währungsunion dauerhaft zu stabilisieren, muss der gemeinsame Währungsraum zu einer Fiskalunion mit einem institutionalisierten Transfersystem weiterentwickelt werden. Andernfalls droht ein Abrutschen in eine Schulden- oder Inflationsunion. Zu diesem Ergebnis kommt eine Gemeinschaftsstudie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC und dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI).

„Europa braucht eine Fiskalunion. Dazu müssen die Mitgliedsstaaten Teile ihrer fiskalischen Souveränität aufgeben. So erreichen wir eine nachhaltige Stabilisierung der Euro-Zone, von der alle Volkswirtschaften profitieren“, erläutert PwC-Vorstandssprecher Professor Norbert Winkeljohann.

Konvergenz statt Krise

Gegenwärtig leidet die Währungsunion darunter, dass wirtschaftliche Ungleichgewichte in den Mitgliedsstaaten nicht durch die Auf- oder Abwertung einer Landeswährung ausgeglichen werden können. Auch eine Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit durch Preis- und Lohnveränderungen findet kaum statt, da insbesondere Lohnsenkungen faktisch nicht durchsetzbar sind.

„Der Vertrag von Maastricht hat zwar Defizit- und Verschuldungsgrenzen gesetzt, diese Sicherungsmechanismen haben sich aber als nicht ausreichend erwiesen. Da der Ausschluss notorischer ‚Defizitsünder‘ aus der Währungsunion wegen der systemischen Risiken weder politisch durchsetzbar noch ökonomisch verkraftbar wäre, bleibt als Alternative nur die gesteuerte Angleichung der ökonomischen Leistungsfähigkeit innerhalb der Währungsunion. Nur so lassen sich Ungleichgewichte reduzieren und

gleichzeitig immanente Fehlanreize beseitigen“, kommentiert Professor Thomas Straubhaar, Direktor und Geschäftsführer des HWWI.

Die Angleichung der Wirtschaftsstrukturen setzt allerdings einen Transfer innerhalb der Währungsunion voraus. Die Studie zeigt, dass eine Konvergenz der Volkswirtschaften mittels einer europaweit einheitlichen Einkommenssteuer von 10 Prozent befördert werden kann. Da die Einzahlung einkommensabhängig, die Auszahlung an die Mitgliedsländer aber pauschal erfolgt, führt dies zu einer Umverteilung von einkommensstarken zu einkommensschwachen Staaten. Dieses „Europäische Budget“ können die Mitgliedsstaaten gezielt in nationale Konvergenzmaßnahmen investieren. Um Fehlanreize zu verhindern und eine Angleichung der Leistungsfähigkeit zu erreichen, schlägt die Studie einen starken Währungskommissar vor, der die Verwendung der Mittel überwacht und notfalls entsprechende Eingriffsrechte besitzt (Veto).

Während die europäische Einkommensteuer zur langfristigen Stabilisierung beiträgt, gleicht die europäische Arbeitslosenversicherung die Lasten konjunktureller Schocks über alle Volkswirtschaften aus. Die Autoren der Studie schlagen eine europäische Arbeitslosenversicherung vor, die über den Zeitraum eines Jahres 30 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens an die Betroffenen zahlt und so nationale Arbeitslosenversicherungssysteme entlastet. Zur Finanzierung schlägt die Studie eine europäische Steuer in Höhe von knapp zwei Prozent auf Einkommen vor. Im Falle steigender Arbeitslosigkeit in einem Mitgliedsstaat finanzieren die weniger stark betroffenen Staaten dessen höhere Sozialversicherungsausgaben mit. Auf diese Weise werden konjunkturelle Schocks abgefedert und eine krisenhafte Zuspitzung wird vermieden.

Weichen für Fiskalunion müssen jetzt gestellt werden

Die Untersuchung von PwC und HWWI zeigt, dass die Währungsunion die Transformation zur Fiskalunion nicht durch einen großen Sprung, sondern nur schrittweise vollziehen kann. Kurzfristig braucht die Euro-Zone weiterhin institutionalisierte Stabilisierungsmechanismen, die eine Überschuldung einzelner Mitgliedsstaaten verhindern und gleichzeitig zu strukturellen Reformen beitragen.

„Die bisherigen Rettungsmaßnahmen haben den Euro kurzfristig stabilisiert. Jetzt geht es darum, gemeinsam den Weg in Richtung nachhaltiger Stabilität zu gehen. Unsere

Vision ist eine Fiskalunion, die die gesellschaftliche Legitimation und ökonomische Notwendigkeit in Einklang bringt. Mit unserer Studie machen wir diese Vision nun konkret und transparent, um die Diskussion über die Zukunft der Währungsunion weiter voranzubringen", betont Winkeljohann.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

Pressekontakt:

Oliver Heieck

Leiter Externe Unternehmenskommunikation

Tel.: (069) 95 85 – 10 74

E-Mail: oliver.heieck@de.pwc.com

Stefan Bißenecker

Externe Unternehmenskommunikation

Tel.: (069) 95 85 – 62 65

E-Mail: stefan.biessenecker@de.pwc.com

www.pwc.de

Über PwC:

PwC bietet branchenspezifische Dienstleistungen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung und Unternehmensberatung. Dort schaffen wir für unsere Mandanten den Mehrwert, den sie erwarten. Mehr als 180.000 Mitarbeiter in 158 Ländern entwickeln in unserem internationalen Netzwerk mit ihren Ideen, ihrer Erfahrung und ihrer Expertise neue Perspektiven und praxisnahe Lösungen. In Deutschland erzielt PwC an 28 Standorten mit 9.300 Mitarbeitern eine Gesamtleistung von rund 1,49 Milliarden Euro.

Über das HWWI:

Das HWWI ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die Grundlagen- und angewandte Forschung nutzt, um wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Beratungsdienstleistungen zu erbringen. Darüber hinaus engagiert sich das Institut in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre sowie in der weiterführenden Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gesellschafter des 2005 gegründeten HWWI sind die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg.